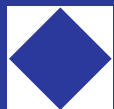


Karsten Drawe

Aufsichtssysteme am Beispiel von Landesförderinstituten

Bankenaufsicht fokussieren – Staatsaufsicht ausbauen



Nomos

Schriften zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Burgi, Universität München

Prof. Dr. Elke Gurlit, Universität Mainz

Prof. Dr. Jan Henrik Klement, Universität Freiburg

Prof. Dr. Thomas Mann, Universität Göttingen

Prof. Dr. Barbara Remmert, Universität Tübingen

Prof. Dr. Stefan Storr, Universität Graz

Band 18

Karsten Drawe

Aufsichtssysteme am Beispiel von Landesförderinstituten

Bankenaufsicht fokussieren – Staatsaufsicht ausbauen



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Speyer, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Diss., 2022

ISBN 978-3-7560-0035-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-3614-5 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für Jeni, Franki und Loni

Danksagung

Mein besonderer Dank gebührt Herrn Professor Dr. Joachim Wieland, LL.M. – meinem Doktorvater – für seine wertvollen Ratschläge und hilfreichen Anmerkungen. Nur allzu gerne erinnere ich mich an unser erstes freundliches Treffen in Speyer. Erst daraufhin erhellte sich mir die interdisziplinäre Relevanz des Vorhabens. Zu dieser Zeit bekleidete mein Doktorvater das Amt des Rektors an der von mir hochgeschätzten Alma Mater. Nur durch seine ausgezeichnete Betreuung war das Gelingen der Arbeit überhaupt sichergestellt. Mein herzlicher Dank gilt des Weiteren Herrn Professor Dr. Holger Mühlenkamp für das Zweitgutachten über die Arbeit. Auch hier war es sicherlich alles andere als selbstverständlich, dieses während seines Rektorats, das sich an die Amtszeit meines Doktorvaters anschloss, zu fertigen. Ebenfalls in sehr schöner Erinnerung verbleibt mir das Rigorosum. An dieser Stelle geht mein außerordentlicher Dank an Frau Professorin Dr. Constanze Janda als Mitglied der Prüfungskommission für die wirklich konstruktive Gesprächsführung mit spannenden Bezügen zu anderen Aufsichtssystemen.

Auf Lebenszeit verbunden und unendlich dankbar bin ich meiner über alles geliebten Ehefrau Evgenia und meinen fantastischen Kindern Frank Maximilian und Leon Georg. Für das vorbehaltlose Verständnis meiner Familie und ihre uneingeschränkte Unterstützung fehlen mir die passenden Worte. Ich widme die Arbeit meiner Ehefrau und meinen beiden Söhnen.

Mainz, den 01.01.2023

Karsten Drawe

Abstract

Bankenaufsicht und Staatsaufsicht werden juristisch unter Berücksichtigung wirtschaftswissenschaftlicher und soziologischer Forschungsergebnisse am Beispiel von Landesförderinstituten untersucht, für die beide Aufsichtssysteme nebeneinander gelten.

Landesförderinstitute sind von der Bankenaufsicht freizustellen und über die zu intensivierende Staatsaufsicht zu steuern. Dadurch kann ihr öffentlicher Auftrag besser erfüllt und der jeweilige Landeshaushalt erheblich entlastet werden. Bankenaufsichtliche und staatsaufsichtliche Vorgaben widersprechen sich.

Im Bankenaufsichtssystem ist die Anzahl der Aufsichtssubjekte zu reduzieren. Die Systemaufsicht ist aufzugeben. Die Missbrauchsaufsicht ist zu stärken. Für die meisten Banken ist Gefahrenabwehr ausreichend. Risikovorsorge ist auf besondere Risiken relevanter Banken zu beschränken. Der Risikobegriff ist zu schärfen. Für ein Mehr an Stabilität ist das Lamfalussy II-Verfahren zu beenden. Der Aufsichtspessimismus nach *Luhmann* schließt wirksame Aufsichtsprozesse nach *Triepel* nicht aus, wenn Verstöße sanktioniert werden. Ohne förmliche Aufsichtsprozesse ist Bankenaufsicht weiterhin häufig erfolglos.

Im Staatsaufsichtssystem ist die Anstalt des öffentlichen Rechts als Organisationsform vorteilhaft. Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit sind für budgetorientierte Beaufsichtigung keine getrennten Aufsichtsrichtmaße. Im Effektivitäts-Effizienz-Modell verfügen Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit über eine jeweils eigene Bedeutung. Die Nachhaltigkeitsnavigation öffentlicher Unternehmen erfolgt über das Effektivitäts-Effizienz-Niveau. Die Komplexität von Public Corporate Governance Kodizes ist zu reduzieren und die Compliance-Funktion auszubauen. Eine wirksame Staatsaufsicht erhöht das demokratische Legitimationsniveau.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	17
Übersichtsverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	41
Kapitel 1: Förderbank	47
1.1 Erscheinungsformen	48
1.1.1 Die Untersuchung von <i>de Luna Martinez</i> und <i>Vicente</i>	50
1.1.2 Die Untersuchung von <i>Griffith-Jones</i> und <i>Ocampo</i>	53
1.2 Nationale Förderbanken in Europa	54
1.2.1 Das EU-Verständnis	55
1.2.2 Das Verständnis der Deutschen Bank und der KfW	59
1.3 Förderbanken in Deutschland	60
1.3.1 Die Verständigungen	63
1.3.1.1 Passivseitiger Schirm	65
1.3.1.2 Aktivseitige Begrenzung und Staatsinnenfinanzierung	67
1.3.2 Homogenität und Unterschiede	71
1.3.2.1 Größendivergenzen	72
1.3.2.2 Rechtsformdiversität	73
1.3.2.3 Sonderstellung KfW	75
1.3.3 Definition für deutsche Förderbanken und Landesförderinstitute	77
1.4 Zusammenfassung und Ausblick	79
Kapitel 2: Aufsichtssystem	81
2.1 Aufsicht	81
2.1.1 Aufsicht nach <i>Triepel</i>	81

2.1.2	Plexus: Aufsicht, Regulierung, Überwachung, Governance, Steuerung	82
2.1.2.1	Aufsicht und Regulierung	83
2.1.2.2	Aufsicht und Governance bzw. Steuerung	85
2.1.3	Grundtypen von Aufsicht	86
2.1.4	Regulierte Selbstregulierung, Koregulierung, doppelte Proportionalität	88
2.2	System	92
2.2.1	Kybernetik und allgemeine Systemtheorie	92
2.2.2	Soziologische Systemtheorie nach <i>Luhmann</i>	93
2.2.2.1	Unterscheidung und Komplexitätsreduzierung	95
2.2.2.2	Beobachtung und der blinde Fleck des Beobachters	97
2.2.2.3	Operationale Geschlossenheit und kognitive Öffnung	97
2.3	Zusammenfassung und Ausblick	101
	Kapitel 3: Bankenaufsicht	103
3.1	Kaskadeneffekte und Makroprudentialia	105
3.1.1	Kaskadeneffekte	105
3.1.1.1	Kaskadeneffekte ersten Grades	105
3.1.1.2	Kaskadeneffekte zweiten Grades	110
3.1.2	<i>Makroprudentialia</i>	110
3.2	Aufsichtsobjekte	114
3.2.1	Landesförderinstitute	115
3.2.1.1	Politische Wahrnehmung in den Koalitionsverträgen	115
3.2.1.2	Europäische Bereichsausnahme	116
3.2.1.3	Folgen der Bereichsausnahme	120
3.2.2	Sonderaufsichtsobjekt KfW	128
3.2.3	Bürgschaftsbanken	132
3.2.4	Unternehmensbeteiligungsgesellschaften	133
3.3	Aufsichtssubjekte – global, europäisch, national	134
3.3.1	Globale Aufsichtssubjekte	135
3.3.2	Europäische Aufsichtssubjekte	137
3.3.2.1	Europäische Kommission	137
3.3.2.2	EBA und ESMA	137

3.3.2.3	ESFS und ESRB	138
3.3.2.4	EZB (in Abgrenzung zur EBA)	140
3.3.3	Nationale Aufsichtssubjekte	143
3.3.4	EZB und nationale Aufsichtssubjekte im L-Bank-Verfahren	145
3.3.4.1	Sachverhalt und Rechtsfrage	146
3.3.4.2	Grundsatzfrage 1: Ausschließlichkeit	149
3.3.4.3	Grundsatzfrage 2: Subsidiarität	159
3.3.4.3.1	Subsidiaritätsprinzip	159
3.3.4.3.2	L-Bank-Verfahren	162
3.3.4.4	Grundsatzfrage 3: Verhältnismäßigkeit	164
3.3.4.4.1	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	164
3.3.4.4.2	L-Bank-Verfahren	165
3.4	Aufsichtsrichtmaß: Risiko	167
3.4.1	Risiko und Gefahr	168
3.4.1.1	Risiko und Gefahr in der Soziologie	168
3.4.1.2	Risiko und Gefahr in den Wirtschaftswissenschaften	172
3.4.1.3	Risiko und Gefahr in der Rechtswissenschaft	174
3.4.2	Risiko und Gefahr in den CRD-Paketen und den MaRisk	176
3.4.3	<i>Makroprudentia</i>	179
3.4.3.1	Systemrisiko in den CRD-Paketen	180
3.4.3.2	Systemrisiko in der Rechtswissenschaft	188
3.4.3.3	<i>Tail</i> -Risiko in der Rechtswissenschaft	193
3.4.3.4	Makroaufsichtsrisiko	195
3.4.4	Risiko und Landesförderinstitute	196
3.4.4.1	Regionalität	196
3.4.4.2	Verständigung II-Konformität und Staatsaufsicht	197
3.4.4.3	(Haftungs-)Privilegien	201
3.4.4.4	KWG-Freistellung	202
3.5	Aufsichtszweck: Stabilität	202
3.5.1	Landesförderinstitute und Finanzmarktkrise 2007–2009	203
3.5.2	Stabilitätsanker Landesförderinstitute und Marktversagen	209
3.6	Aufsichtsprozesse – Lamfalussy II-Verfahren	215
3.6.1	Quantitatives Ausmaß von Regulierungstexten	216
3.6.2	Vier <i>Levels</i>	217
3.6.2.1	<i>Level</i> 1: EU-Verordnungen und/oder EU-Richtlinien	218

3.6.2.2	Level 2: Delegierte VO, DurchführungsVO, RTS und ITS	218
3.6.2.3	Level 3: EBA-Texte	220
3.6.2.4	Level 4: Kontrollhandlungen	221
3.6.3	National initiierte Verfahren	221
3.6.4	Regulatorische Prozesse außerhalb des Lamfalussy II-Verfahrens	222
3.7	Zusammenfassung und Ausblick	224
Kapitel 4: Staatsaufsicht		227
4.1	Rechtsformwahl	230
4.2	Aufsichtsobjekte	236
4.3	Aufsichtssubjekte	237
4.3.1	Interne Aufsichtssubjekte	238
4.3.2	Externe Aufsichtssubjekte	243
4.4	Aufsichtsrichtmaße: rechtmäßig/zweckmäßig, wirtschaftlich/sparsam	245
4.4.1	Trennungslösung: rechtmäßig/zweckmäßig	245
4.4.2	Einheitslösung: rechtmäßig/zweckmäßig	247
4.4.3	Entflechtung: wirtschaftlich/sparsam	248
4.4.4	Aufsichtsrichtmaße der Aufsichtssubjekte	254
4.4.4.1	Aufsichtsorgane	254
4.4.4.2	Ministerialaufsicht	255
4.4.4.2.1	Rechts- versus Fachaufsicht: rechtmäßig/zweckmäßig	256
4.4.4.2.2	Anstalts- bzw. Beteiligungsaufsicht: wirtschaftlich/sparsam	259
4.4.4.2.3	Landesrechnungshöfe und Wirtschaftsprüfer	260
4.5	Aufsichtszweck: Nachhaltigkeit	261
4.5.1	Nachhaltigkeitsmetamorphosen	262
4.5.2	Input- und outputorientierte Nachhaltigkeitsnavigation	270
4.5.3	Nachhaltigkeitspotenziale bei Landesförderinstituten	274
4.6	Aufsichtsprozesse – PCGK und Compliance	277
4.7	Zusammenfassung und Ausblick	285

Kapitel 5: Kollisionen und Konkordanzen	287
5.1 Aufsichtsobjekte und -subjekte	290
5.2 Aufsichtsrichtmaße und -zwecke	294
5.3 Aufsichtsprozesse	297
5.3.1 Weisungen, Zweckmäßigkeitsüberwachung und Alleinverantwortung der Geschäftsleitung	298
5.3.2 Interne Governance	299
5.4 Zusammenfassung	301
Fazit und Thesen	303
Literatur- und Quellenverzeichnis	311

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: EZB, entworfen vom Architektenbüro Coop Himmelb(l)au	170
Abbildung 2: Nachhaltigkeitsnavigation	271
Abbildung 3: Aufsichts- und Regulierungstrias über Landesförderinstitute	302

Übersichtsverzeichnis

Übersicht 1: Förderbankdeterminanten	51
Übersicht 2: Förderbanken in Deutschland	62
Übersicht 3: Förderleistung/Förderaufwand der KfW	274
Übersicht 4: Eigenschaften von Teilsystemen der Gesellschaft	292
Übersicht 5: Verwaltungsaufwand von deutschen Förderbanken	296

Abkürzungsverzeichnis¹

a. A.	anderer Ansicht
ADB	Asian Development Bank
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfDB	African Development Bank
AFS	Ausschuss für Finanzstabilität
AG	Aktiengesellschaft
AGGVG BW	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit (AGGVG) vom 16. Dezember 1975 (GBl. für BW, S. 868), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (GBl. für BW, 2021 S. 1, 2)
AGGVG BY	Gerichtsverfassungsausführungsgesetz (AGGVG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 300–1–1-J) veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch § 1 Absatz 288 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. für BY, S. 98)
AIDA	Anstalt in der Anstalt
AIF	Alternativer Investmentfond
ALMM	Additional Liquidity Monitoring Metrics
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
ARUG II	Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie vom 19.12.2019 (BGBl. I S. 2637)
A-SRI	Anderweitig systemrelevantes Institut; Other Systemically Important Institution (O-SII)
AT	Allgemeiner Teil

¹ Einschließlich vieler Gesetze.

AZG BE	Gesetz über die Zuständigkeiten in der allgemeinen Berliner Verwaltung (Allgemeines Zuständigkeitsgesetz – AZG) in der Fassung vom 22. Juli 1996 (GVBl. für BE, S. 302, 472), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12.10.2020 (GVBl. für BE, S. 807)
BAB	Bremer Aufbau-Bank GmbH
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAIT	Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT gem. BaFin-Rundschreiben 10/2017 (BA) Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT (BAIT) vom 06.11.2017 (Geschäftszeichen BA 51-K 3142–2017/0011) in der Fassung vom 14.09.2018 (Geschäftszeichen GIT 3-K 3142–2018/0001)
Basel I/II/III/IV	Vorschriften des Basler Ausschusses zur Regulierung von Banken
BayernLaBo	Bayerische Landesbodenkreditanstalt, Förderinstitut der BayernLB, Organ der staatlichen Wohnungspolitik
BayernLB	Bayerische Landesbank
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling
BCBS	Basel Committee on Banking Supervision; Basler Ausschuss für Bankenaufsicht
BE	Berlin
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 251–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 14 Absatz 5 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250)
BGBL.	Bundesgesetzblatt

BHO	Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284), zuletzt geändert durch Artikel 212 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIS	Bank for International Settlements
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bzw. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BR-Drs.	Deutscher Bundesrat Drucksache
BRH	Bundesrechnungshof
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive; Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates
BRRD II	Zweite Bank Recovery and Resolution Directive; Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und der Richtlinie 98/26/EG
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Deutscher Bundestag Drucksache
BTO	Besonderer Teil Organisation (Teil der MaRisk)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
CB	Compliance Berater
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDS	Credit Default Swap; Kreditausfalltausch
CEB	Council of Europe Development Bank
CRD-Pakete	CRR I/II und CRD IV/V
CRD I	Bankenrichtlinie (2006/48/EG) und Kapitaladäquanzrichtlinie (2006/49/EG)
CRD II	Richtlinie 2009/111/EG gemeinsam mit den Richtlinien 2009/27/EG und 2009/83/EG
CRD III	Richtlinie 2010/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapitalanforderungen für Handelsbuch und Wiederverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik
CRD IV	Vierte Capital Requirements Directive (Eigenkapitalrichtlinie); Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG
CRD V	Fünfte Capital Requirements Directive; Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen

CRD IV-Paket	CRR I und CRD IV
CRD V-Paket	CRR II und CRD V
CRR-Kreditinstitut	Einlagenkreditinstitut
CRR I	Erste Capital Requirements Regulation Kapitaladäquanzverordnung); Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012
CRR II	Zweite Capital Requirements Regulation; Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungsquote, die strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012
CSA	Credit Standardised Approach; Kreditrisiko-Standardansatz
CSR	Corporate Social Responsibility; unternehmerische Gesellschaftsverantwortung
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
DB	Development Bank, Entwicklungsbank
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
DGSD	Deposit Guarantee Scheme Directive (Einlagensicherungsrichtlinie); Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme
Die Verwaltung	Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften

Abkürzungsverzeichnis

DIW Berlin	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft
D-PCGM	Deutscher Public Corporate Governance- Musterkodex
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
DVwBl	Deutsches Verwaltungsblatt
E	Entwurf (z. B. bei KWG-E als Teil des RiG-E)
EAA	Erste Abwicklungsanstalt
EAM	Einheitlicher Europäischer Bankenaufsichtsmech- anismus; Single Supervisory Mechanism (SSM)
EBA	European Banking Authority; Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EBA-VO	Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECON	Economic and Monetary Affairs Committee; Aus- schuss für Wirtschaft und Währung des Europä- ischen Parlaments
EDIS	European Deposit Insurance Scheme; Europäi- sches Einlagensicherungssystem
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFSI-VO	Verordnung (EU) Nr. 2015/1017 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2015 über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, die europäische Plattform für Investitionsberatung und das europäische Investitionsvorhabenportal sowie zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1291/2013 und

	(EU) Nr. 1316/2013 – der Europäische Fonds für strategische Investitionen
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag)
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EinSiG	Einlagensicherungsgesetz vom 28. Mai 2015 (BGBl. I S. 786), zuletzt geändert durch Artikel 7 Absatz 15 des Gesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 990)
EIOPA	European Securities and Markets Authority; Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
ESA	European Supervisory Authority; Europäische Aufsichtsbehörden
ESFS	European System of Financial Supervision; Europäisches Finanzaufsichtssystem
ESM	European Stability Mechanism; Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESMA	European Securities and Markets Authority; Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
ESMA-VO	Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/77/EG der Kommission
ESRB	European Systemic Risk Board; Europäischer Ausschuss für Systemrisiken
EU	Europäische Union
EU FI	EU Financial Instrument; EU Finanzinstrument
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union

Abkürzungsverzeichnis

EU-HO	EU-Haushaltsordnung
EuR	Zeitschrift Europarecht
EU-RatingVO	Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 vom 16. September 2009 über Ratingagenturen
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
FATF	Financial Action Task Force (on Money Laundering)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Finag	Finanzierungs-Aktiengesellschaft Rheinland-Pfalz
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 22. April 2002 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1568)
FinStabG	Finanzstabilitätsgesetz vom 28. November 2012 (BGBl. I S. 2369), zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 9 des Gesetzes vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1633)
FISG	Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz – FISG) (BGBl. I S. 1534)
FMSA	Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung
FMSF	Finanzmarktstabilisierungsfonds
FMStFG	Stabilisierungsfondsgesetz vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982), zuletzt geändert durch Artikel 7 Absatz 9 des Gesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 990)
FMStFV	Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung vom 20. Oktober 2008, zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2020 (BGBl. I S. 1633)
Fn.	Fußnote
Förderbankmitteilung	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 22.7.2015 COM(2015)

	361. Gemeinsam für Beschäftigung und Wachstum: Die Rolle der nationalen Förderbanken im Rahmen der Investitionsoffensive für Europa
FSB	Financial Stability Board; Finanzstabilitätsrat
G10	Group of Ten; Zehnergruppe (Industrienationen)
GBL	Gesetzblatt
GenG	Genossenschaftsgesetz in der Fassung der Bekannt- machung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2230), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1534)
GewStG	Gewerbsteuergesetz in der Fassung der Bekanntma- chung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2050)
GL	Guideline; Leitfaden
ggf.	gegebenenfalls
GO BY	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. für BY, S. 796), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 9. März 2021 (GVBl. für BY, S. 74)
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
G-SII	Global Systemically Important Institution; global systemrelevantes Institut (G-SRI)
G-SRI	Global systemrelevantes Institut; Global Systemically Important Institution (G-SII)
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GV./GVBl./ GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

HE	Hessen
HGB	Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3079)
HGO	Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 7. März 2005 (GVBl. I für HE, S. 142), zuletzt geändert durch Art. 1 Hess. Ausländer-TeilhabeG Kommunalpolitik vom 7.5.2020 (GVBl. für HE, S. 318)
HgrG	Haushaltsgrundsätzegesetz vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122)
HRE	Hypo Real Estate Holding GmbH bzw. AG
Hs.	Halbsatz
IADB	Inter-American Development Bank
IB	Investitionsbank Sachsen-Anhalt – Anstalt der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale –
IBB	Investitionsbank Berlin
IBBG	Gesetz über die Errichtung der Investitionsbank Berlin als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBBG) vom 7. Juni 2021 (GVBl. für BE S. 624, 626)
IB.SH	Investitionsbank Schleswig-Holstein
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland IDW
PS	Prüfungsstandards des IDW
IFB	Hamburgische Investitions- und Förderbank
IFRS	International Financial Reporting Standards
iHv	in Höhe von
IKB	IKB Deutsche Industriebank AG
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InsO	Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2947)

InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung vom 16. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4270), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. April 2019 (BGBl. I S. 486)
IOSCO	International Organization of Securities Commissions; Internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden
IP	Internationale Politik (Zeitschrift)
IRBA	Internal Ratings-Based Approach; auf internen Ratings basierender Ansatz
ISB	Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz
ISBLG	Landesgesetz über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISBLG) vom 20. Dezember 2011 (GVBl. für RLP, S. 423) zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 02.03.2017 (GVBl. für RLP, S. 21)
IT	Information Technology; Informationstechnologie
ITS	Implementic Technical Standards; technische Durchführungsstandards
IWF	Internationaler Währungsfonds
JA	Juristische Arbeitsblätter
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
HE	Hessen
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HSH in HSH Nordbank	Hamburgisch-Schleswig-Holsteinische Nordbank
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2570)
KfW	KfW Bankengruppe bzw. Kreditanstalt für Wiederaufbau
KfWG	Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juni 1969

	(BGBI. I S. 573), zuletzt geändert durch Artikel 271 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBI. I S. 1328)
KfWV	Verordnung zur Anwendung von bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie zur Zuweisung der Aufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (KfW-Verordnung – KfWV) vom 20. September 2013 (BGBI. I S. 3735), geändert durch Art. 348 der Zehnten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31. August 2015 (BGBI. I S. 1474)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Kommission	Europäische Kommission
KommJur	Kommunaljurist
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27. April 1998
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
KStG	Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBI. I S. 4144), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBI. I S. 2056)
KWG	Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBI. I S. 2776), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBI. I S. 1568)
L-Bank	Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank
L-BankG	Gesetz über die L-Bank vom 11. November 1998 (GBl. für BW vom 18. November 1998, S. 581), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2017 (GBl. für BW vom 29. Dezember 2017, S. 645)
LCR	Liquidity Coverage Ratio; Liquiditätsdeckungsquote
LfA	LfA Förderbank Bayern

LFI	Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern – Geschäftsbereich der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale –
LG	Landgericht
LHO	Landeshaushaltsordnung
LHO RLP	Landeshaushaltsordnung (LHO) des Landes Rheinland-Pfalz vom 20. Dezember 1971, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.11.2019 (GVBl. für RLP, S. 333)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LOG NRW	Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung – Landesorganisationsgesetz (LOG NRW) – vom 10. Juli 1962 (GV. NRW. S. 421), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (GV. NRW. S. 1238)
LSI	Less Significant Institution; weniger bedeutendes Institut
LTO	Legal Tribune Online
LVerf RLP	Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947, zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.05.2015 (GVBl. für RLP, S. 35)
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MaRisk 2017	Mindestanforderungen an das Risikomanagement gem. BaFin-Rundschreiben 09/2017 (BA) – Mindest- anforderungen an das Risikomanagement – MaRisk vom 27.10.2017 (Geschäftszeichen BA 54-FR 2210–2017/0002)
MBG	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
MFT	Market Failure Theory; Theorie vom Marktversagen
MIFID I	Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richt- linie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und

	des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates
MIFID II	Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU
MIFID II-Paket	MIFID II und MiFIR
MiFIR	Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012
Mio.	Million(en)
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Mrd.	Milliarde(n)
mwN	mit weiteren Nachweisen
NAB	Nationale Aufsichtsbehörde
NBank	Investitions- und Förderbank Niedersachsen – NBank
NdsVBL	Niedersächsische Verwaltungsblätter
Ninja-Kredite	No income, no job or assets-Kredite
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
NKFEG NRW	Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (NKF Einführungsgesetz NRW – NKFEG NRW) vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644), geändert durch Artikel VI des Gesetzes vom 9. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 380)
Nord/LB	Norddeutschen Landesbank Girozentrale
NPBI	National Promotional Bank and Institution
NPL	Non Performing Loan; notleidender Kredit
NRW	Nordrhein-Westfalen